

Vollmacht

für Rechtsanwalt Meinhard Starostik, Schillstraße 9, 10785 Berlin zur gerichtlichen Vertretung

Dem vorbezeichneten Rechtsanwalt wird hiermit Auftrag und Vollmacht zur uneingeschränkten Vertretung in folgender Angelegenheit erteilt:

Verfassungsbeschwerde Vorratsdatenspeicherung

- Die Vollmacht schließt alle Befugnisse gemäß § 81 ZPO ein, ferner
- Geldempfangsvollmacht in der vorbezeichneten Angelegenheit,
- Vollmacht zur Verfügung über empfangene Zahlungen unter Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB,
- Rechtsmacht zur Abgabe einseitiger empfangsbedürftiger Willenserklärungen und zum Tätigen geschäftsähnlicher Handlungen wie Mahnungen,
- falls das Verfahren dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt wird auch die Vertretung vor dem Gerichtshof.

Name (erforderlich)

Vorname (erforderlich)

Straße, Hausnummer (erforderlich)

PLZ, Ort (erforderlich)

E-Mail-Adresse (erforderlich)

Wie sind Sie betroffen? (zutreffendes bitte ankreuzen)

Festnetz

- ☐ Ich telefoniere über das Festnetz.
☐ Ich habe einen eigenen Festnetzanschluss auf meinen Namen angemeldet.

Mobiltelefonie

- ☐ Ich telefoniere über Handy.
☐ Ich habe einen eigenen Mobilfunkvertrag auf meinen Namen abgeschlossen.

E-Mail

- ☐ Ich nutze E-Mail.
☐ Ich habe ein eigenes E-Mail-Postfach auf meinen Namen angemeldet.

Internet

- ☐ Ich bin Internetnutzer.
☐ Ich hab einen eigenen Internetzugangsvertrag (z.B. DSL-Flatrate) auf meinen Namen abgeschlossen.

Internet-Telefonie

- ☐ Ich nutze Internet-Telefonie (Voice over IP).
☐ Ich habe einen eigenen Internet-Telefonie-Vertrag auf meinen Namen abgeschlossen.

Veröffentlichung (eins von beidem wählen)

- ☐ Mit der Veröffentlichung meines Namens und Wohnortes im Internet bin ich einverstanden.
☐ Ich wünsche nur eine anonymisierte Nennung im Internet (C. H. aus 1xxxx).

Vertrauensberufe

- ☐ Ich bin Geistlicher, Rechtsanwalt, Notar, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Arzt, Zahnarzt, psychologischer Psychotherapeut, Apotheker, Schwangerschaftsberater, Drogenberater, Abgeordneter oder Journalist und nutze Telekommunikation beruflich.
Wenn ja, geben Sie bitte Ihren Beruf an:

TK-Anbieter

- ☐ Ich bin Inhaber oder Geschäftsführer eines Anbieters von Telekommunikationsdiensten für die Öffentlichkeit, und zwar um Bereich Telefonie (einschließlich Mobilfunk- und Internet-Telefondiensten), E-Mail oder Internetzugang.
Wenn ja, machen Sie bitte nähere Angaben:

Unterschrift (erforderlich)

Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung
Björn Bruns
Viktoriastraße 7
31141 Hildesheim

Bitte senden Sie das ausgefüllte und unterschriebene Formular per Post an den
Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, Björn Bruns, Viktoriastraße 7, 31141 Hildesheim.
Sie können einen Fensterbriefumschlag verwenden (Adressfeld rechts).

Stoppt die Vorratsdatenspeicherung!

Kurzinformation

Nach Plänen von Union und SPD soll ab Mitte 2007 zur verbesserten Strafverfolgung nachvollziehbar werden, wer mit wem in den letzten sechs Monaten per Telefon, Handy oder Email in Verbindung gestanden hat. Bei Handy-Telefonaten und SMS soll auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten werden. Anonyme Emailkonten und Anonymisierungsdienste sollen verboten werden.

Mit Hilfe der gespeicherten Daten können Bewegungsprofile erstellt, geschäftliche Kontakte rekonstruiert und Freundschaftsbeziehungen identifiziert werden. Auch Rückschlüsse auf den Inhalt der Kommunikation, auf persönliche Interessen und die Lebenssituation der Kommunizierenden werden möglich. Zugriff auf die Daten sollen Polizei, Staatsanwaltschaft und ausländische Staaten erhalten.

Derzeit dürfen Telekommunikationsanbieter nur die zur Abrechnung erforderlichen Verbindungsdaten speichern. Dazu gehören Standortdaten und Email-Verbindungsdaten nicht. Der Kunde kann verlangen, dass Abrechnungsdaten mit Rechnungsversand gelöscht werden. Durch die Benutzung von Pauschaltarifen kann eine Speicherung zudem bisher gänzlich vermieden werden, was etwa für Journalisten und Beratungsstellen wichtig sein kann.

Wo liegt das Problem?

Die aktuellen Pläne zur Aufzeichnung von Informationen über die Kommunikation, Bewegung und Mediennutzung jedes Bürgers stellen die bislang größte Gefahr für unser Recht auf ein selbstbestimmtes und privates Leben dar.

Unter einer Vorratsdatenspeicherung würden wir alle leiden:

- Eine Vorratsdatenspeicherung greift unverhältnismäßig in die persönliche Privatsphäre ein.
- Eine Vorratsdatenspeicherung beeinträchtigt berufliche Aktivitäten (z.B. in den Bereichen Medizin, Recht, Kirche, Journalismus) ebenso wie politische und unternehmerische Aktivitäten, die Vertraulichkeit voraussetzen. Dadurch schadet sie letztlich unserer freiheitlichen Gesellschaft insgesamt.
- Eine Vorratsdatenspeicherung verhindert Terrorismus oder Kriminalität nicht. Sie ist unnötig und kann von Kriminellen leicht umgangen werden.
- Eine Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen das Menschenrecht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung.
- Eine Vorratsdatenspeicherung ist teuer und belastet Wirtschaft und Verbraucher.
- Eine Vorratsdatenspeicherung diskriminiert Nutzer von Telefon, Mobiltelefon und Internet gegenüber anderen Kommunikationsformen.

Stand der Dinge

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries treibt derzeit einen Gesetzentwurf zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland voran. Die Pläne werden von Union und SPD unterstützt. Zunehmend wird aber auch in der Politik gefordert, mit einer Vorratsdatenspeicherung zumindest solange zu warten, bis der Europäische Gerichtshof über ihre Rechtmäßigkeit entschieden hat.

Ob die Vorratsdatenspeicherung noch verhindert werden kann,
hängt wesentlich vom öffentlichen Druck ab!

Werden Sie aktiv:

- Beteiligen Sie sich an der Sammelklage gegen die Vorratsdatenspeicherung (s. Rückseite)
- Schreiben Sie den Bundestagsabgeordneten von Union und SPD
- Treten Sie dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung bei

**Weiterführende Informationen finden Sie auf unserem Internetauftritt unter
<http://www.vorratsdatenspeicherung.de>**